

## MITTEILUNGSVORSCHLAG [SERIE E / 2014 / 2.1 / DE]

**Datum: 28/03/2014**

Autor: Michel Leiberich\*

# DIE FRAGE DER UNABHÄNGIGKEIT KATALONIENS 300 JAHRE NACH DEM VERLUST SEINER INSTITUTIONELLEN FREIHEITEN

## Die Rolle der katalanischen Zivilgesellschaft

---

Die Entscheidung des spanischen Verfassungsgerichts von 2006 welche den von dem katalanischen Parlament ausgearbeiteten und angenommenen neuen Autonomiestatuts stark veränderte und seinen Inhalt schwer beschnitt, hat in Katalonien eine ganz neu politische Situation geschaffen. Die autoritäre Politik Spaniens hat eine starke katalanische Unabhängigkeitsbewegung ins Rollen gebracht und eine Mehrheit der Katalanen sieht die Zukunft des Landes nicht mehr im Rahmen des spanischen Staates, sondern fasst die Gründung eines eigenen in die Europäische Union eingefügten katalanischen Staates ins Auge. Eine große Mehrheit der Bevölkerung fordert ihr „Recht auf Entscheidung“ (*dret de decidir*), das Recht mit Hilfe eines bindenden Referendums die Zukunft des Landes auf demokratischem Wege zu entscheiden.

Nach einer Untersuchung des Büros für Meinungsforschung der katalanischen Regierung (CEO), die am 19. März 2014 veröffentlicht wurde, fordern 74% der Katalanen ein Referendum, 87% würden das Ergebnis akzeptieren, 60% würden für die Unabhängigkeit stimmen und 29% wären dagegen.

Diese neue Situation wurde durch mehrere große Demonstrationen in den letzten Jahren eingeleitet. Am 10. Juli 2010 fand in Barcelona die erste dieser Kundgebungen unter dem Motto „Wir sind eine Nation – wir entscheiden“ statt, an der zwischen einer und eineinhalb Millionen Personen teilnahmen. Am 11. September 2012 – am Tage des katalanischen Nationalfeiertages, der an den Verlust der historischen katalanischen Freiheiten im Jahre 1714 erinnert – versammelten sich in den Straßen Barcelonas zwischen eineinhalb und zwei Millionen Menschen unter dem Motto „Katalonien, ein neuer Staat in Europa“.

Am 11. September 2013 – wieder am katalanischen Nationalfeiertag – organisierte die katalanische Nationalversammlung (*Assemblea Nacional Catalana* – ANC), eine 2011 gegründete Vereinigung, die zum Ziel hat „die

Unabhängigkeit Kataloniens auf demokratischem und friedlichem Wege zu erreichen“ eine 400 km lange Menschenkette durch ganz Katalonien an der 1.600.000 Menschen teilnahmen. Diese Menschenkette – der „katalanische Weg zur Unabhängigkeit“ – war, so Carme Forcadell, Präsidentin der Nationalversammlung „das Symbol der Einheit des katalanischen Volkes um die volle nationale Souveränität zu erlangen“.

Die historische Besonderheit dieser Mobilisierungen ist ohne Zweifel die Tatsache, dass sie ganz von der katalanischen Zivilgesellschaft angeregt und getragen wurden. Eine Zivilgesellschaft, die sich bereits bei den lokalen Volksbefragungen in 168 Städten zwischen 2009 und 2011 gezeigt hatte, bei denen der Bevölkerung die Frage vorgelegt wurde: Sind Sie damit einverstanden, dass Katalonien ein unabhängiger, demokratischer, sozialer und in der Europäischen Union integrierter Rechtsstaat wird?“

Diese Volksbefragungen haben auch gleichzeitig eine andere Initiative in Gang gesetzt: Den Verein der Stadt- und Landgemeinden für die Unabhängigkeit (*Associació de Municipis per la Independència*) dem eine große Mehrheit der katalanischen Gemeinden beigetreten ist. In seinen Satzungen heißt es „Katalonien ist eine Nation, denn es besitzt eine Sprache, eine Kultur, ein eigenständiges Recht, eine Tradition, Institutionen, ein Zugehörigkeitsgefühl und den Willen zu existieren“. Die Satzung stellt weiterhin fest, dass die negative Einstellung des spanischen Staates zur katalanischen Sprache und Kultur und die Drosselung der katalanischen Wirtschaft durch den Staat es nötig machen „einen eigenen Staat zu gründen damit die Katalanen als Volk in Frieden leben und arbeiten können ohne ausgebeutet zu werden und ohne andere auszubeuten“.

Diese beiden Grundelemente, sprachliche und kulturelle Identität auf der einen Seite und die Entwicklung der Wirtschaft auf der anderen Seite, erscheinen ebenfalls in den Satzungen der katalanischen Volksversammlung in denen dem spanischen Staat vorgeworfen wird die wirtschaftliche Entwicklung Kataloniens zu behindern und einen kulturellen Genozid zu organisieren. Das heutige Modell des Staates respektiere nicht die plurinationale und plurilinguistische Realität der Bevölkerung und schaffe soziale, kulturelle, administrative und wirtschaftliche Strukturen, die der Entwicklung Kataloniens schädlich seien.

## Die Rolle der politischen Parteien

---

Es ist für das Verständnis der katalanischen Unabhängigkeitsbewegung äußerst wichtig zu unterstreichen, dass die politischen Parteien erst nach der Mobilisierung der Zivilgesellschaft auf der öffentlichen Szene erscheinen. Die Zivilgesellschaft ist der eigentliche Motor der Bewegung. Erst nach dem Treffen zwischen der Präsidentin der katalanischen Volksversammlung und der Präsidentin des katalanischen Parlaments, Núria de Gispert, am 11. September 2012 beginnen die politischen Parteien und Institutionen die Forderungen der Zivilgesellschaft zu interpretieren und in Taten umzusetzen.

Kurz darauf, im November 2012 bestätigten die katalanischen Parlamentswahlen eine klare politische Mehrheit für das „Recht auf Entscheidung“ des katalanischen Volkes. Das Parlament nimmt darauf in Januar 2013 mehrheitlich die „Erklärung zur Souveränität und des Rechts auf Entscheidung des katalanischen Volkes“ an. Die Erklärung beginnt mit den Worten: „In Übereinstimmung mit dem Willen der Mehrheit des katalanischen Volkes entscheidet das katalanische Parlament den Prozess des „Rechts auf Entscheidung“ in Gang zu setzen, damit die Bürger Kataloniens ihre kollektive politische Zukunft entscheiden können und zwar im Sinne folgender Prinzipien: Souveränität, demokratische Legitimität, Transparenz, Dialog, soziale Kohäsion, Europa, Legalität, Rolle des Parlaments und Mitwirkung der Bürger“. Die Präambel enthält eine Liste der historischen Rechte Kataloniens.

Im Dezember 2013 beschloss die katalanische Regierung am 9. November 2014 ein Referendum zu organisieren, bei dem der Bevölkerung eine doppelte Frage vorgelegt werden soll: Wollen Sie, dass Katalonien ein Staat wird? Im Fall einer affirmativen Antwort: Wollen Sie, dass dieser Staat unabhängig wird? Diese doppelte Frage ermöglicht drei Optionen: ein unabhängiger Staat, ein föderativer Gliedstaat im Rahmen eines spanischen Bundesstaats oder der *status quo* – Katalonien als autonome Region des spanischen Staates.

## Die historischen Rechte Kataloniens

---

Die öffentliche Meinung Europas reagiert oft mit Unverständnis, wenn Katalonien auf seine historischen Rechte und auf seine Geschichte als europäische Nation mit einer eigenen Identität pocht. Dieses Unverständnis hat einen historischen Grund: Die europäische Geschichtsschreibung hat oft aus politischen Gründen unterschlagen, dass Spanien ein aus mehreren Völkern zusammengesetzter Staat ist, die sich selbst als Nationen bezeichnen und ihre eigene Muttersprache und Kultur besitzen.

Die katalanische Sprache – die ersten Texte sind uns aus dem 12. Jahrhundert überliefert – wird von ungefähr 10 Millionen Menschen gesprochen, sie wird auf allen Gebieten der Gesellschaft in der Verwaltung, des Unterrichtswesens und der Wissenschaft benutzt und sie besitzt eine große in alle Sprachen der Welt übersetzte Literatur. In der Reihenfolge der Zahl der Sprecher in Europa liegt Katalanisch auf dem 11. Platz, ungefähr gleich mit Portugiesisch, Griechisch, Tschechisch und Schwedisch, aber vor Bulgarisch, Estnisch, Slowakisch, etc..

Aber die katalanische Sprache ist nicht das einzige markierende Element der katalanischen Identität, denn die Katalanen fühlen sich als Mitglieder einer alten europäischen Nation, die sich auf der Basis von drei wichtigen historischen Institutionen entwickelt hat, die das Leben und die politische Kultur seit dem 12. Jahrhundert prägen: *Les Corts*, ein Parlament – das zum ersten Mal im Jahre 1218 zusammentrat, die *Generalitat*, eine Regierung – der jetzige Präsident der *Generalitat* ist der 129. der katalanischen Geschichte – und die *Constitucions*, eine Sammlung von juristischen, politischen und wirtschaftlichen Texten, die es Katalonien seit dem 12. Jahrhundert erlaubten, seine Selbstständigkeit

gegenüber den Königen von Aragon aufrechtzuerhalten. Nach dem Historiker Jaume Vicens Vives hat diese jahrhundertelange Praxis mit diesen politischen Werkzeugen eine besondere politische Kultur der Verhandlung geschaffen, welche es vermeidet – gestützt auf das Prinzip des Handels und der Werteschaffung – Gewalt anzuwenden, da dies der wirtschaftlichen Entwicklung nicht förderlich sei. Diese Kultur des Paktes spielt auch heute noch eine große Rolle in der Selbstdefinition der katalanischen Identität.

Der plötzliche und traumatische Verlust dieser Institutionen durch die blutige Besetzung Kataloniens am Ende des Spanischen Erbfolgekrieges im Jahre 1714, die politische und wirtschaftliche Annexion Kataloniens durch Kastilien und das Aufzwingen der kastilisch-spanischen Sprache haben sich tief in die katalanische Identität eingepreßt. Die Idee der Wiedererringung der alten verlorenen Freiheiten bleibt auch eine Konstante in der neueren katalanischen Geschichte: so wie in der Zeit der *Renaixença*, des Wiederauflebens der katalanischen Literatur im 19. Jahrhundert, wie auch in den politischen Schriften des katalanischen Identitätsbewusstseins (*catalanisme*) der Väter des modernen Kataloniens, Pi i Maragall, Almirall, Prat de la Riba, Torras i Bages und Rovira i Virgili am Ende des 19. und am Anfang des 20. Jahrhunderts. Höhepunkte der Idee der Wiederherstellung der alten Institutionen sind aber das Ausrufen eines katalanischen Staates durch Francesc Macià vom symbolträchtigen Balkon des Generalitätspalastes in Barcelona im Jahre 1931 und die darauf folgenden Autonomie-Verträge mit dem spanischen Staat.

## Die Opposition des spanischen Staates

---

Der spanische Staat war immer ein unerbittlicher Gegner der katalanischen nationalen Emanzipation. Der spanische Nationalismus – es handelt sich *de facto* um einen kastilischen Nationalismus – war immer ein Verfechter der Idee eines strikt zentralisierten Staates mit einer Sprache und Kultur, der kastilisch-spanischen – eine Konzeption, die eng mit dem kolonialen Geist der *Reconquista* zusammenhängt. Die anderen Sprachen und Kulturen des Staates werden in dieser Logik als ein „Problem“ betrachtet. Die Tatsache dass der spanische Staat bis 1979 keine demokratische Erfahrung gemacht hatte – mit Ausnahme einer kurzen Periode in den 30er Jahren – hat zu der Bildung einer autoritären und aggressiven politischen Kultur beigetragen, welche unter anderem gegen die nicht-kastilischen Sprachen und Kulturen des spanischen Staates gerichtet ist. Die zwei Diktatoren des 20. Jahrhunderts, Primo de Rivera und Franco haben es sogar versucht die nicht-kastilischen Sprachen durch Repression und Verbote zu eliminieren.

Die Ideologie des politischen Katalanismus – der Bewegung die seit dem Ende des 19. Jahrhunderts darauf abzielt die 1714 verlorenen nationalen Freiheiten wiederzuerlangen – hat dagegen immer versucht eine Neustrukturierung des spanischen Staates auf demokratischem Wege in einer föderativen Logik zu erreichen. Klare Unabhängigkeitsbestrebungen gab es auch, aber sie waren bis 2006 in der Minderheit.

Der spanische „Staat der Autonomien“ von 1979 war ein Kompromiss zwischen den neu erstandenen politischen Parteien nach dem Tode Francos, den franquistischen Eliten und den Verhandlungsträgern der historischen Nationalitäten, Katalanen, Basken und Galicier. Der neue Staat, der aus diesen Verhandlungen hervorging ist nicht ganz zentralistisch organisiert, so wie es die spanischen Nationalisten gefordert hatten, aber auch keine Föderation der historischen Nationen, welche das Ziel der Katalanen und Basken war.

Der Staat der Autonomien ist also kein Bundesstaat. Die Selbstverwaltung der autonomen Regionen besteht auf der Basis einer vom spanischen Staat gewährten Dezentralisierung, die aber vom Staat im Falle schwerer Unstimmigkeiten zwischen beiden Entscheidungszentren in Frage gestellt oder rückgängig gemacht werden kann. Die Souveränität ist also nicht geteilt wie das in Bundesstaaten der Fall ist, sondern sie existiert nur und allein auf der Ebene des spanischen Staates. Um zu vermeiden dass die historischen Nationalitäten, Katalonien, das Baskenland (*Euskadi*) und Galicien (*Galicia*), im Organigramm des Staates als Besonderheiten erscheinen, hat die spanische Regierung darüber hinaus ein komplexes System aus 17 verschiedenen Autonomien geschaffen, auch „Kaffee für alle“ genannt, einige von ihnen sehr künstlich und wirtschaftlich fraglich. Der Staat der Autonomien löst also nicht die große historische Frage des spanischen Staates, das demokratische Einfügen aller historischen Nationen in den Staat, sondern schafft im Gegenteil ein labiles institutionelles Gleichgewicht.

Das Autonomiestatut von 1979 erlaubte nichtsdestoweniger die Entwicklung einer modernen katalanischen Gesellschaft zwischen 1979 und 2005, in der die katalanische Sprache ihre Rolle als Sprache des politischen Lebens, der Verwaltung und des Bildungswesens spielen kann. Allerdings führt das Ungleichgewicht zwischen den beiden Entscheidungszentren – welches den Staat begünstigt – zu einer Entwertung des Kompromisses zwischen Katalonien und dem spanischen Staat. Die spanische Regierung versucht dauernd – in einer Art Kleinkrieg – das Autonomiestatut im zentralistischen und spanischen Sinne zu interpretieren, während die katalanische Regierung versucht mehr Raum für die spezifisch katalanischen Belange auf dem Gebiet der Politik, der Wirtschaft und der Sprache zu schaffen. Auch versucht die spanische Regierung die katalanische Sprache zu schwächen wo sie es kann, einerseits durch Verordnungen, die das Kastilische fördern, zum Beispiel in der Schule oder durch Fragmentierung der Spracheinheit der katalanischen Sprache, indem sie Bewegungen unterstützt, die diese Einheit negieren, wie in Valencia, Aragon oder den Balearen. Auch werden Katalanisch, Baskisch und Galicisch in den spanischen Medien systematisch negiert, diese Sprachen dürfen auch nicht im spanischen Parlament benutzt werden und Madrid hat es wiederholt abgelehnt, für sie in Brüssel EU-Amtssprachenstatus zu beantragen.

## Der Schlüssel-Konflikt: die Reform des Autonomiestatuts von 2006

Die dauernden Reibungen zwischen Madrid und Barcelona um die Kompetenzen der katalanischen Autonomie führen in Katalonien am Anfang der Jahre 2000 zu der Überzeugung, dass das alte Autonomiestatut von 1979 nicht mehr den Bedürfnissen und Erwartungen eines Kataloniens des 21. Jahrhunderts entspricht. Im Jahre 2003 wurde ein neues Projekt ausgearbeitet, welches im September 2005 vom katalanischen Parlament mehrheitlich angenommen wurde. Das Dokument zeigt klar föderalistische Züge, erwähnt den multinationalen Charakter des spanischen Staates und erklärt, dass Katalonien eine Nation sei. Darüber hinaus versucht der Text zwei Schlüsselemente des katalanisch-spanischen Konflikts im katalanischen Sinne zu lösen: erstens die Frage der Sprache indem Katalanisch und Spanisch beide zu offiziellen und obligatorischen Sprachen erklärt werden – was im Autonomiestatut von 1979 nicht der Fall war. Zweitens die Frage der Finanzierung des Staates, welche das neue Statut auf bilateralem Wege zwischen Staat und Katalonien regeln soll.

Dieser zweite Punkt hat seine Wichtigkeit, da Katalonien seit Generationen der Ansicht ist von einem feindlich eingestellten spanischen Staat als Reichtums-Lieferant benutzt zu werden und daher in seiner wirtschaftlichen Entwicklung schwer gehemmt zu sein. Spanien finanziere auf diese Weise chronisch unterentwickelte Regionen des Staates, in denen die Rate der Beamten und die Investitionen des Staates unnatürlich hoch seien, ohne dass sich diese dadurch aus ihrer Unterentwicklung befreien könnten. Katalonien sei bereit sich solidarisch bei der wirtschaftlichen Entwicklung des Staates zu beteiligen, lehne es aber ab weiterhin die chronische Subsidiarität einiger Regionen zu finanzieren und dadurch seine eigene wirtschaftliche Kapazität zu gefährden. Katalonien wirft ebenfalls Spanien vor unnötige pharaonische Infrastrukturen zu schaffen, Autobahnen und Flughäfen, die nicht den wirtschaftlichen Bedürfnissen des Staates entsprächen, sondern in einer zentralistisch-kastilischen Ideologie begründet seien.

Seit der Text das neue Autonomiestatut im Jahre 2003 bekannt wurde, und besonders seit seiner Annahme durch das katalanische Parlament, erfährt das Projekt viele Angriffe. Die spanische Volkspartei – *Partido Popular*, und andere vom spanischen Nationalismus geprägte Kräfte des Staates, wie zum Beispiel die spanische Bischofskonferenz oder die Armee, griffen den Text heftig an. Die Rückkehr der von der Diktatur Francos konfiszierten und im Archiv von Salamanca deponierten katalanischen Dokumente, welche seit langem von katalanischen Vereinen und auch von der katalanischen Regierung zurückgefordert wurden und die im Jahre 2005 juristisch effektiv wird, löste in den spanischen Medien eine anti-katalanische Kampagne aus: aggressive Stellungnahmen von Journalisten, besonders in dem von der Bischofskonferenz finanzierten Radiosender *COPE*, beleidigende Kommentare von spanischen Politikern aller Tendenzen von rechts bis links und Unterschriftensammlungen gegen das neue Statut durch die Volkspartei und Aufrufe zum Boykott katalanischer Produkte im Internet.



Diese durch viele antidemokratische Gesten gekennzeichnete ideologische Mobilisation gegen ein Dokument, welches durch ein das Volk repräsentierendes demokratisches Parlament angenommen wurde, wird von den Katalanen als eine schwere Demütigung empfunden. Sie wirft gleichzeitig Zweifel an der Wirksamkeit der demokratischen Transition nach dem Tod Franco auf, denn die Katalanen sehen hinter diesen Angriffen das Bild des altbekannten autoritären und antidemokratischen Spanien.

In dieser Atmosphäre wird das Projekt zweimal von den staatlichen Institutionen des spanischen Staates geändert, das erste Mal 2006 vom spanischen Parlament und das zweite Mal 2010 vom Verfassungsgericht. Beide ändern das Projekt tiefgreifend, indem sämtliche Elemente entfernt wurden, die auf eine mögliche föderative Entwicklung der katalanisch-spanischen Beziehungen abzielten. Der Satz „Katalonien ist eine Nation“ wurde gestrichen.

Als Antwort auf die Entscheidung des Gerichts versammeln sich einige Tage später mehr als eine Million Menschen in einer von der kulturellen Vereinigung *Òmnium Cultural* aufgerufene Demonstration unter dem Motto „Katalonien ist eine Nation - Wir entscheiden“ in den Straßen von Barcelona. Die Demonstration hatte die Unterstützung fast aller katalanischen politischen Parteien, aller Gewerkschaften und von ungefähr 1.600 kulturellen Vereinigungen.

## Zusammenfassung

---

Das Projekt einer Reform des Autonomiestatuts von 2006 war der Versuch – vielleicht der letzte der Geschichte – das Einfügen Kataloniens in den spanischen Staat auf föderativer Basis und die Integration der historischen Nationalitäten durch Modernisierung und Föderalisierung der Strukturen des spanischen Staates zu realisieren.

Leider verharren die Mehrheit der spanischen Parteien - aber auch ein Großteil der spanischen öffentlichen Meinung - in einer spanisch-kastilischen Einstellung des Staates, aber auch in einer historisch überholten antidemokratischen Ideologie, in der Konflikte nicht durch Verhandlung sondern durch Unnachgiebigkeit und Gewalt gelöst werden, wie es in der spanischen Geschichte in der Vergangenheit die Regel war. Auch hat „Madrid“ sich immer noch nicht von seiner jahrhundertalten Abneigung gegen alle, die sich nicht als Spanier fühlen lösen können. Nach Theodor Adorno sollte jede post-diktatorische Gesellschaft eine tiefgreifende historische Aufarbeitung machen. Der spanische Staat hat diese Aufarbeitung nach dem Tode Francos leider versäumt und die Verantwortlichen verstecken sich immer noch hinter juristischen und psychologischen Amnestien. Es ist daher logisch, dass die politische Kultur des Staates von vielen demokratischen Defiziten gekennzeichnet bleibt. Das Problem ist daher nicht Katalonien, sondern der spanische Staat.

Madrid hat auch immer noch nicht verstanden, dass es gerade das Fehlen einer demokratischen politischen Kultur ist, welches den Prozess zugunsten der

Unabhängigkeitsbestrebungen gefördert hat – und immer noch fördert. Im Gegenteil, die jetzige spanische Regierung lehnt es immer noch kategorisch ab mit der katalanischen Regierung über die Organisation des Referendums zu verhandeln. Sie bewegt sich sogar in die gegengesetzte Richtung und beschleunigt die Politik der Neuzentralisierung des Staates und der Einmischungen in die katalanischen Kompetenzen in der Wirtschaft, der Administration, des Bildungswesens und der Sprache. Diese Einstellung unterscheidet sich natürlich grundsätzlich von der politischen Kultur Großbritanniens, welches in Beziehung auf Schottland die einzige akzeptable Lösung eines demokratischen Landes im 21. Jahrhundert gewählt hat: der Weg zu den Wahlurnen.

Das Hauptargument der spanischen Regierung um das katalanische Referendum zu verbieten ist die der spanischen Verfassung selbst. Am 6. Februar 2014 unterzeichneten aber 31 katalanische Juristen – also hohe Beamte des spanischen Staates - ein Manifest welches erklärt: „Man muss von einer unbestreitbaren Tatsache ausgehen: Katalonien ist eine Nation. Denn es hat eine Geschichte, eine Kultur und eine eigene Sprache. Und es hat vor allem den Willen – welchen es oft und beharrlich gezeigt hat - als eine eigene nationale Gesellschaft anerkannt zu werden. Eine durch seine Integrationskapazität ausgezeichnete Gesellschaft, wie es die neuere Geschichte gezeigt hat“ – in Bezug auf die friedliche und demokratische Integration von mehreren Immigrationswellen. Die Juristen weisen darauf hin, dass der unbestreitbare nationale Charakter Kataloniens auch ein unbestreitbares „Recht auf Entscheidung“ nach sich ziehe: „Das demokratische Prinzip zieht sich durch jedes juristische, nationale und internationale Dispositiv, und einer seiner elementarsten Ausdrücke ist das Recht der Völker ihre Zukunft selbst zu entscheiden“.

Das Manifest schließt mit der Feststellung: „der jetzige Rahmen (die spanische Verfassung) – wenn man ihn im Lichte der internationalen Normen, Grundprinzipien und Grundrechte interpretiert - erlaubt die Ausübung des Rechts der Entscheidung, welches die katalanische Gesellschaft mehrheitlich gefordert hat“.

Fügen wir hinzu, dass diese Schlussfolgerung umso treffender ist, als sich die katalanische Unabhängigkeitsbewegung in einem strikt demokratischen und friedlichen Rahmen bewegt. Sie ist sogar, in der europäischen Geschichte, wenn man sie mit anderen ähnlichen Bewegungen vergleicht, exemplarisch.

\* **Michel Leiberich.** Professor für Deutsch und Katalanisch - kollektive und nationale Identitäten - an der Universität Perpignan